

Bevölkerung

Paul Gans und Franz-Josef Kemper

Die Einwohnerzahl gehört zu den wichtigsten Kenngrößen eines Landes. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 wurde Deutschland zum bevölkerungsreichsten Land Europas. Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre gab es eine Trendumkehrung der Einwohnerentwicklung Deutschlands, die sich bis heute in großräumigen Gegensätzen auswirkt **3**, wozu sowohl Migrationen als auch natürliche Bevölkerungsveränderungen in unterschiedlichem Ausmaß beitrugen **2**. Die Ursachen lagen in der schrittweisen Auflösung des Sozialistischen Weltsystems sowie in der Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR. Die erhöhte Durchlässigkeit von Grenzen führte zu zwei Wanderungsschüben von einer Größenordnung, wie sie zuvor nur in Krisenjahren zu beobachten gewesen waren. Zum einen handelte es sich zur Jahreswende 1989/90

um die „Übersiedlerwelle“ von Ost nach West, die nach der Vereinigung beider deutscher Teilstaaten in Binnenwanderungen mündete und dann zunehmend von einem Gegenstrom ergänzt wurde. Zum andern sind die Zuzüge von Ausiedlern, Flüchtlingen, Asylbewerbern und Arbeitsmigranten zu nennen, mit einem Höchststand des Migrationsgewinns von rund 782.000 Personen im Jahre 1992. Der politische Wandel drückt sich in den neuen Ländern auch in einschneidenden Änderungen demographischer Verhaltensweisen aus. So kehrte sich der geringe Geburtenüberschuss von 0,2 ‰ in der DDR 1988 in ein außerordentliches Defizit von 6,7‰ (1993) um **2**.

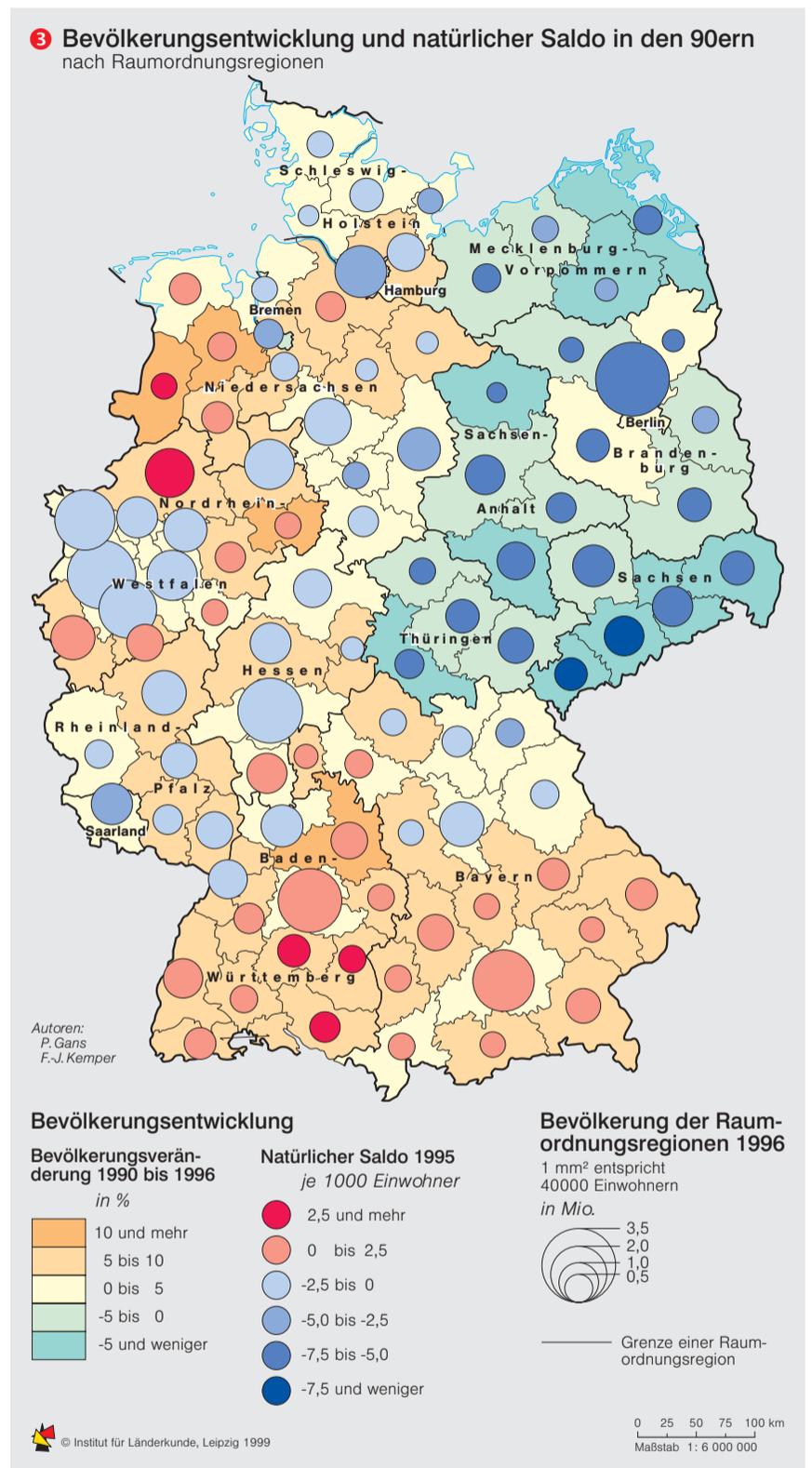
Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Ende 1997 wohnten in Deutschland 82,1 Mio. Menschen. Damit setzte sich eine seit 1985 zu beobachtende Bevölkerungszunahme fort, die ab 1989 nur für das frühere Bundesgebiet zutrifft **1**. Seit dem Jahr der Maueröffnung klapft die Entwicklung immer weiter auseinander. In den alten Ländern tragen zur positiven Tendenz (+8,4% bis Ende 1997) vor allem die Außenwanderungsgewinne bei, in den neuen Ländern geht der negative Trend (-8,2%) nach der Übersiedlerwelle 1990 im Wesentlichen auf das Geburtendefizit zurück.

Diese großräumigen Unterschiede bringt Karte **3** deutlich zum Ausdruck. Die positive Entwicklung in den alten Ländern, in einigen Fällen bis zu 10%, ist in den weniger verdichteten Räumen stärker ausgeprägt als in den Agglomerationen. Diese räumliche Verteilung stimmt nur bedingt mit dem natürlichen Saldo überein. Die Geburtenrate übertrifft die Sterberate in Regionen Baden-Württembergs, Bayerns, im westlichen Niedersachsen sowie in benachbarter Lage zur Rhein-Ruhr-Agglomeration und zum Rhein-Main-Raum. Diese Gebiete zeichnen sich durch eher größere Haushalte und durch einen höheren Anteil jüngerer Einwohner bei einer unterdurchschnittlichen Bedeutung älterer Menschen **4** aus, so dass die Bevölkerungsstruktur den Geburtenüberschuss weitgehend determiniert. Bevölkerungsverluste, z.T. mehr als 5%, verzeichnen seit 1990 nur Regionen in den neuen Ländern, ländliche Gebiete genauso wie Verdichtungsräume. Davon hebt sich nur Berlin mit seinem Umland ab.

Geburten und Sterbefälle

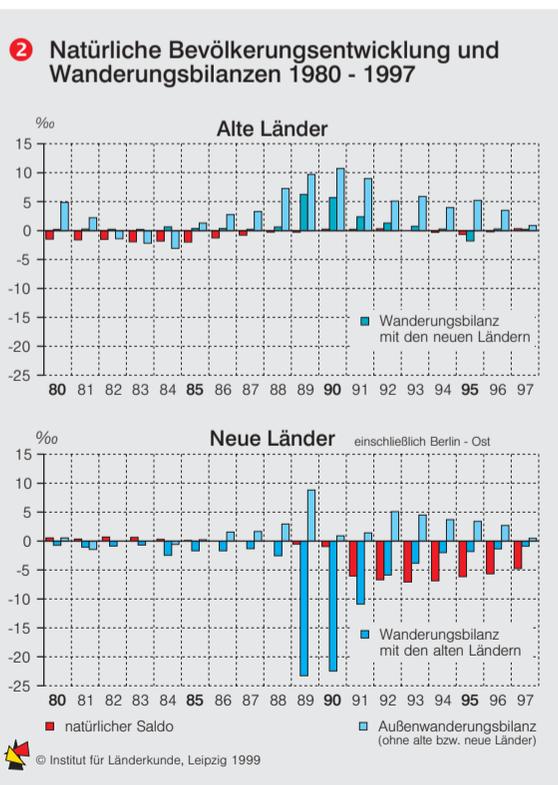
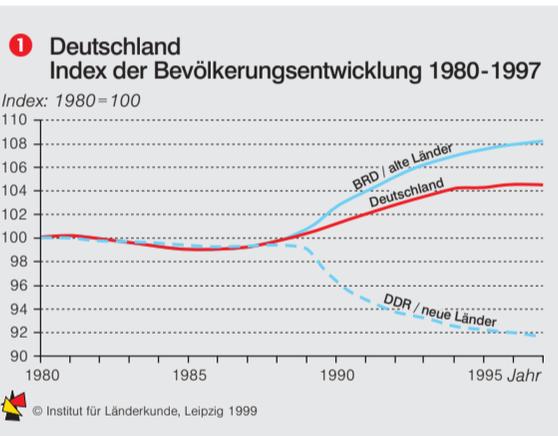
In den neuen Ländern lenkt das extrem hohe Geburtendefizit in allen Teilräumen die Aufmerksamkeit auf sich. Die Gründe liegen – ähnlich wie in Westdeutschland – teilweise in der Alters-



struktur. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen liegt der Anteil der mindestens 65-Jährigen in den meisten Kreisen über dem deutschen Durchschnitt von 15,6% **4**. Darüber hinaus spielen auch Änderungen im generativen Verhalten eine maßgebliche Rolle.

Die zusammengefasste Geburtenziffer zeigte bis Mitte der 70er Jahre einen weitgehend übereinstimmenden Verlauf für beide deutschen Teilstaaten **5**. Die anschließende pronatalistische Bevölkerungspolitik der DDR erhöhte

zwar kurzfristig die Geburten je Frau, ohne jedoch das Ziel, die Sicherung des Bevölkerungsstandes, zu erreichen. Die höhere Fruchtbarkeit beruhte in der DDR auf dem Beibehalten von Traditionen im generativen Verhalten wie frühe Heirat und Geburt von Kindern in jungem Alter. HÖHN et al. (1990) verweisen u.a. auf den sozialen Kontext, die relative Abgeschlossenheit der Gesellschaft in der DDR, die Orientierung der Lebenswege von Frauen auf Berufstätigkeit wie auch die Mut-



terschaft sowie die geringe Pluralität der Lebensläufe.

Nach der Wende verringerte sich die totale Fruchtbarkeitsrate innerhalb von fünf Jahren auf ein wohl weltweit und historisch einmaliges Niveau von 772 (1994), um sich dann bis 1997 wieder auf 1039 zu erhöhen. Der massive Geburtenrückgang war dabei im Zusammenhang mit dem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruch von 1989/90 zu sehen. MÜNZ U. ULRICH (1993/94) nennen als Ursachenbündel dafür Krisensituationen – wie beispielsweise Arbeitsmarktprobleme oder die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen –, erweiterte Wahlmöglichkeiten bei fortschreitender Individualisierung der Lebensstile sowie den allgemeinen Wertewandel. Der erneute Anstieg der Geburtenzahlen deutet auf eine Anpassung des generativen Verhaltens der ost- an das der westdeutschen Frauen hin, das durch späte Heirat und die Geburt von Kindern in höherem Alter gekennzeichnet ist.

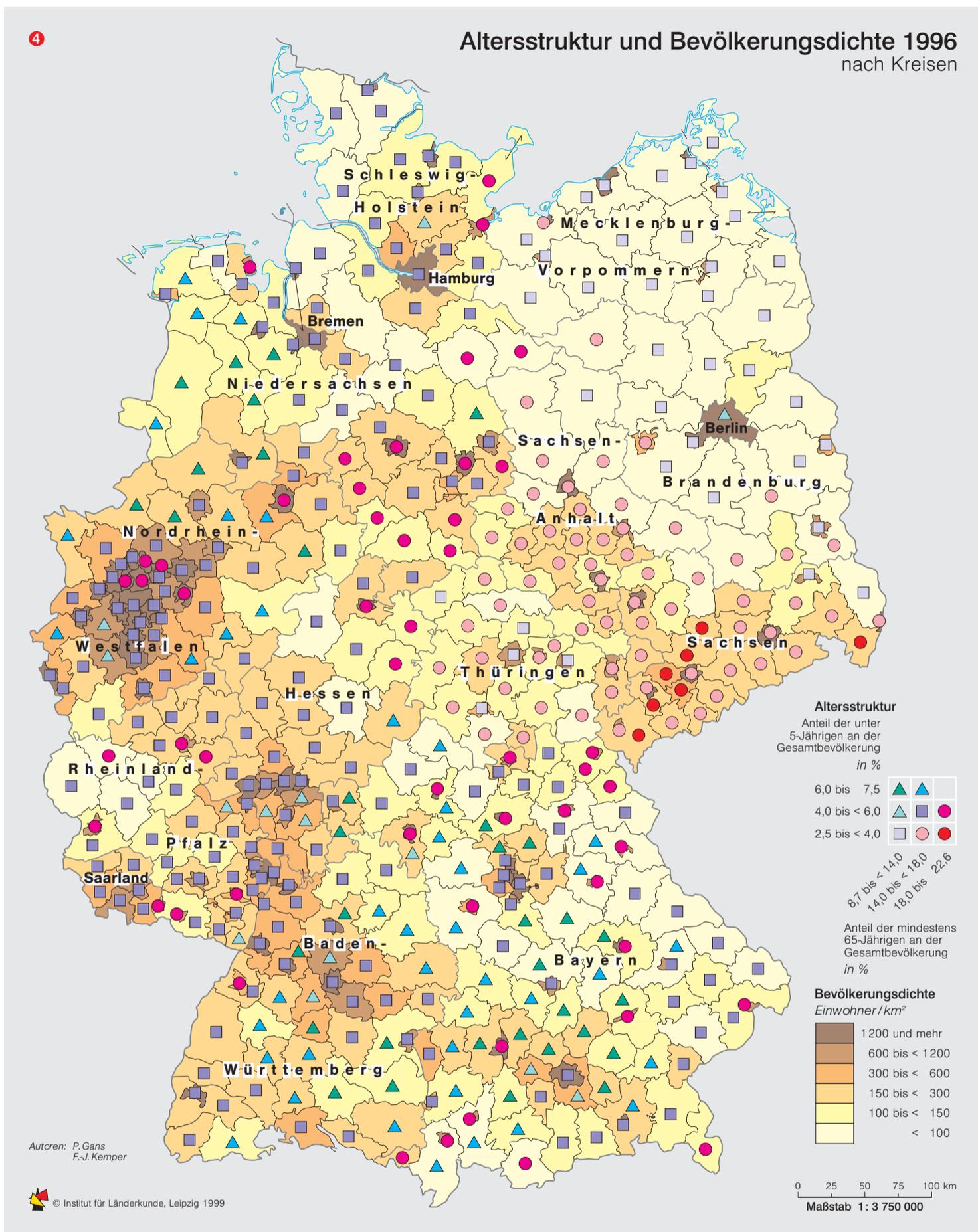
Die Entwicklungsunterschiede in der Lebenserwartung seit etwa 1975 hingen in Westdeutschland vor allem mit Erfolgen bei der Reduktion der Alterssterblichkeit zusammen. Sie zeigten eine abweichende Effizienz des Gesundheitswesens in beiden deutschen Teilstaaten an (z.B. Präventivmaßnahmen, Medizintechnik, Rettungswesen). Als weiterer Faktor spielte die Umwelt eine Rolle – weniger die Schadstoffbelastung, sondern vielmehr schlechte Arbeitsbedingungen. Auch Unterschiede in den Lebensstilen, z.B. Nikotinkonsum oder Ernährungsweise, beeinflussten die Abweichungen der Mortalität. In der DDR war die Nahrungsmittelzusammensetzung nicht optimal, vor allem fehlten Obst und Gemüse, und dieser Mangel kann sich z.B. in einem höheren Anteil der Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Todesursache im Vergleich zur Bundesrepublik ausdrücken (CHRUSCZ 1992).

In Abbildung 6 zeichnet sich eine kontinuierliche Verringerung der Sterblichkeitsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland seit Anfang der 90er Jahre ab, wozu Verbesserungen im medizinischen Bereich sowie die Schließung von Betrieben mit überalterten Maschinen beitragen. Trotz dieser Angleichung bleiben sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern regionale Abweichungen in der Mortalität bestehen, denn auch das soziale Umfeld mit Faktoren wie Arbeitslosigkeit oder Beschäftigungsunsicherheit beeinflusst in West- wie in Ostdeutschland als sozialer Stressfaktor die Lebenserwartung (KEMPER U. THIEME 1992; GANS 1997).

Regionale Differenzierung der Altersstruktur

Die abweichende Geburtenentwicklung, aber auch grundlegende Unterschiede bei den Wanderungsbewegungen spiegeln sich in den Alterspyramiden der alten und der neuen Länder wider (DORBRITZ 1993/94):

- Die gemeinsame Geschichte, insbesondere der Zweite Weltkrieg, sowie



das weitgehend übereinstimmende generative Verhalten bis Mitte der 70er Jahre führten zu vergleichbaren Einschnitten und Ausbuchtungen.

- Systembedingte Unterschiede äußern sich zum einen in der stärkeren Vertretung der Altersgruppen von heute 10 bis 20 Jahren als Folge der bevölkerungspolitischen Maßnahmen der DDR. Zum anderen hatten die Wanderungsgewinne des früheren Bundes-

gebietes einen höheren Anteil bei den 25- bis 40-Jährigen mit einer Verschiebung der Sexualproportionen zugunsten männlicher Personen zur Folge.

- Die Umbruchsituation in den neuen Ländern spiegelt sich in der massiv zurückgehenden Besetzung der jüngsten Altersjahrgänge wider. In diesem Zusammenhang kommt auch der Übersiedlerwelle 1989/90 in Richtung frü-

heres Bundesgebiet eine strukturelle Bedeutung für beide Teiräume zu.

- Die Alterspyramide für die neuen und die alten Länder 7 verdeutlicht den Prozess der Überalterung, der sich aufgrund des Geburtenrückganges sowohl von der Basis als auch aufgrund der stetig zunehmenden Lebenserwartung vor allem älterer Menschen gleichzeitig von der Spitze her ergibt (► Beitrag Lambrecht/Tzschaschel).

Deurbanisierung – Relativer Bedeutungsverlust der verdichteten gegenüber den ländlichen Räumen hinsichtlich Bevölkerung und Arbeitsplätzen. Dadurch kommt es zu einer interregionalen Dekonzentration, auch als Counterurbanisation bezeichnet. Deurbanisierung der Bevölkerung, die hier im Vordergrund steht, basiert in der Regel auf Wanderungsgewinnen ländlicher Räume und Wanderungsverlusten von Agglomerationen.

Generatives Verhalten – Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren, die das Nachwachsen einer Bevölkerung beeinflussen, d.h. im Wesentlichen Alter der Frauen bei ihrer Heirat und der Geburt ihres ersten Kindes, Betreiben einer bewussten Geburtenplanung bzw. Empfängnisverhütung.

Fruchtbarkeit, Fertilität – ergibt sich aus der Zahl der Geburten je Frau.

Totale Fruchtbarkeits- oder Fertilitätsrate, zusammengefasste Geburtenziffer – Sie gibt die Zahl der geborenen Kinder von 1000 Frauen während ihrer reproduktiven Lebensphase an, wenn sie den für einen bestimmten Zeitpunkt maßgeblichen Fruchtbarkeitsverhältnissen unterworfen wären und dabei von der Sterblichkeit abgesehen wird. Die Rate ist unabhängig von der Bevölkerungsstruktur.

Mortalität, Sterblichkeit – ergibt sich aus der Zahl und dem Alter der Gestorbenen in einem Zeitraum.

Migration – Wanderung, d.h. Veränderung des Wohnsitzes oder Umzüge; **Außenwanderungen** sind Migrationsbeziehungen mit dem Ausland, **Binnenwanderungen** finden dagegen innerhalb eines Landes statt.

pronatalistisch – Politik, die auf eine Erhöhung der Geburtenzahlen abzielt.

Selektivität von Wanderungen – Selektivität tritt dann auf, wenn Zu- oder Abwanderer andere Merkmalsausprägungen hinsichtlich Alter, Haushaltsgröße, Einkommen etc. als die Wohnbevölkerung eines Gebietes haben. Daraus resultiert oft eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur des Gebietes, z.B. eine Verjüngung oder Alterung der Bevölkerung.

Abweichungen in der Altersstruktur der Bevölkerung West- und Ostdeutschlands sind auch auf der Kreisebene zu erkennen **4**. In den neuen Ländern beträgt der Anteil der unter 5-Jährigen als Folge des Geburtenrückganges nach der Wende durchweg weniger als 4% (**Beitrag Wiest**). Demgegenüber ist bei den mindestens 65-Jährigen ein markantes Süd-Nord-Gefälle festzustellen, mit überproportionalen Werten insbesondere in Sachsen. Diese Verteilung zeichnet immer noch die jüngere Altersstruktur im Norden der DDR aufgrund der vor 1989 höheren Geburtenhäufigkeit nach. Die Gebiete mit den niedrigsten Bevölkerungsdichtewerten Deutschlands und einer einseitigen Wirtschaftsstruktur stellen heute hohe Anforderungen an regionale Entwicklungsmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zum Erhalt der sozialen Infrastruktur.

In Westdeutschland ergibt Karte **4** ein differenzierteres Bild als in den neuen Ländern. Im Norden sind zwar ältere Menschen stärker vertreten als im Süden, diese Differenz wird aber von innerregionalen Unterschieden überlagert. Die kreisfreien Städte registrieren in der Tendenz höhere Anteile älterer und eine niedrigere Bedeutung jüngerer Menschen. Beide Muster hängen in hohem Maße mit Binnenwanderungen zusammen, die eher auf weniger verdichtete Räume gerichtet sind und eine Dekonzentration der Bevölkerung erkennen lassen.

Räumliche Bevölkerungsbewegungen: Außenwanderungen

Die Zuwanderungen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland haben zwischen 1988 und 1993 eine Größenordnung erreicht, die auch in der Hochphase der Gastarbeitermigration um 1970 nicht bestand. Per Saldo sind in diesem Zeitraum fast 3,6 Mio. Migranten nach Deutschland gekommen, davon 1,3 Mio. Deutsche, vor allem Aussiedler, und 2,3 Mio. Ausländer (Asylbewerber, Flüchtlinge, Familiennachzügler und Arbeitsmigranten aus einigen Transformationsstaaten, mit denen entsprechende Programme vereinbart wurden). Diese „neuen“ Wanderungsbewegungen unterscheiden sich hinsichtlich der Motive und Zusammensetzung der Migranten erheblich von der früheren Gastarbeitermigration und dem Nachzug der Familien. Charakteristisch ist eine weit höhere Vielfalt der Herkunft. Neben Südeuropa sind zahlreiche Länder Osteuropas, Asiens und Afrikas vertreten. Dennoch kommen auch 1996 noch 67% der Zuziehenden aus Europa, einschließlich der Türkei (**Beitrag Swiaczny**).

Seit 1993 sind die Zuwanderungen nach Deutschland aufgrund neuer Regulierungen des Aussiedlerzuzugs und der Veränderungen des Asylrechts deutlich zurückgegangen **2**. Der Wanderungssaldo, der 1992 ein Maximum von 782.071 erreicht hatte, betrug 1997 nur noch 93.644. So kehrte sich aufgrund rückläufiger Asylbewerberzahlen der Zuzugsüberschuss der Ausländer von 586.382

Personen (1992) in eine negative Bilanz von -21.768 (1997) um.

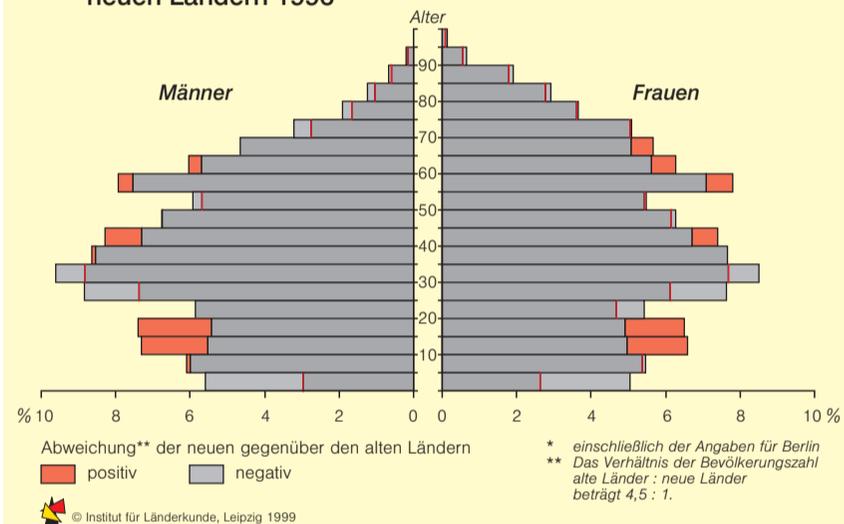
Die regionale Verteilung der Zuwanderungen aus dem Ausland ist, bis auf einige Sonderfälle, durch relativ geringe räumliche Differenzierungen gekennzeichnet. Dieser Gegensatz zu Einwanderungsländern wie den USA ist auf die regionale Quotierung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zurückzuführen, die einen regionalen Ausgleich der Belastungen von Wohnungsmarkt und öffentlichen Haushalten anstrebt. Im Laufe der 90er Jahre wurden die neuen Länder immer mehr in die Quoten einbezogen, so dass sich ihr Anteil am Außenwanderungssaldo von 4,4% im Jahr 1991 auf 19,5% (1997) erhöht hat. In Karte **8** zeigt sich die Gleichförmigkeit in der relativ geringen

beeinflusst, der für die Gastarbeiterwanderungen die entscheidende Determinante war. Dadurch treten auch in ländlichen Räumen verstärkt Probleme wie z.B. die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt auf.

Räumliche Bevölkerungsbewegungen: Binnenwanderungen

In den letzten Jahren übersteigen die regionalen Effekte der Binnen- diejenigen der Außenwanderung, nicht zuletzt weil ein Teil der Außenzuzüge mit einer anschließenden Umverteilung verbunden ist. Daher sind die genannten Kreise mit den großen Aufnahmelagern durch extrem hohe Fortzüge mit Ziel innerhalb Deutschlands gekennzeichnet. Das räumliche Muster der Binnenwanderungssalden in Karte **8** ist von der Ost-

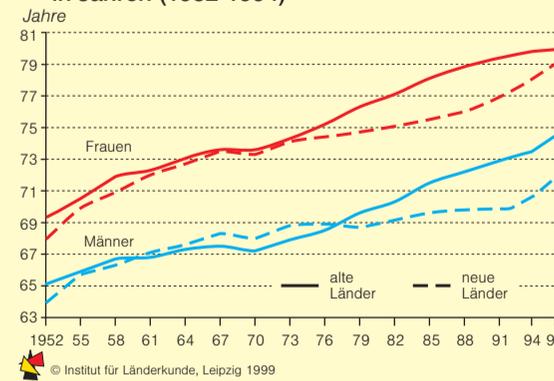
7 Altersstruktur der Bevölkerung in den alten* und neuen Ländern 1996



5 Zusammengefasste Geburtenziffer im Gebiet der alten und neuen Länder 1980-1997



6 Mittlere Lebenserwartung eines Neugeborenen in Jahren (1952-1994)



räumlichen Variation der Außenwanderungssalden mit einem ganz überwiegenden Anteil von Kreisen mit leichten Wanderungsgewinnen. Jedoch gibt es einige Kreise mit starken bis extrem hohen Zuwanderungen aus dem Ausland. Sie enthalten zentrale Aufnahmelager, in die Aussiedler und Asylbewerber nach ihrer Ankunft in Deutschland kommen, um dann anderen Regionen zugewiesen zu werden. Dazu zählen die Kreise Plön, Osnabrück-Land (Bramsche), Göttingen (Friedland), Unna (Massen), Rastatt, Freudenstadt und Ostprignitz-Ruppin. Wegen der Umverteilung auch in andere Bundesländer lassen sich hieraus keine Aussagen über die endgültige regionale Zuordnung der Migranten machen.

Es läßt sich aber festhalten, dass sich die Zuwanderer aus dem Ausland in den 90er Jahren nicht mehr im Wesentlichen auf Großstädte und Verdichtungsräume konzentrieren, wie es zuvor der Fall war, sondern dass auch kleine Gemeinden und ländliche Räume an Bedeutung gewinnen, wie in Hessen, Nordbayern, Thüringen oder Sachsen. Insgesamt wird die regionale Verteilung der Außenzuzüge in den 90er Jahren mehr vom Wohnungs- als vom Arbeitsmarkt

West-Wanderung, der Suburbanisierung und der Deurbanisierung geprägt.

Von diesen drei Prozessen hat die Ost-West-Wanderung seit Anfang der 90er Jahre immer mehr an Bedeutung verloren. Wanderten 1991 noch knapp 250.000 Personen aus den neuen in die alten Länder, so sank dieser Wert auf 168.000 im Jahre 1997. Parallel zu diesem Rückgang stieg der gegenläufige Strom von West nach Ost von 80.000 (1991) auf 158.000 (1997) an. An diesem Gegenstrom sind sowohl Westdeutsche beteiligt, die Arbeits- oder auch Studienplätze in den neuen Ländern einnehmen, als auch Rückwanderer, die früher aus Ostdeutschland weggezogen waren. Gemeinsam ist beiden Teilgruppen ein höheres Lebensalter als bei den Abwanderern aus den neuen Ländern. Seit 1993 gibt es daher bei den 25-29-Jährigen einen Wanderungsüberschuss zugunsten des Ostens, während die Jüngeren weiterhin mehr in die alten Länder fortziehen (GRÜNHEID U. MAMMEY 1997).

Mitte der 90er Jahre ist wieder die Umverteilung zwischen Kernstädten und Umland in den Vordergrund gerückt. Diese Wohnsuburbanisierung ist in den neuen Ländern besonders stark ausgeprägt. Sie äußert sich im Wanderungs-

verlust der Kernstädte und in Gewinnen des Umlands und ist auf Karte 8 vor allem im Verdichtungsraum Berlin, daneben in den Räumen Leipzig, Halle, Dresden, Rostock und in der thüringischen Städtereihe zu erkennen. Nach DANGSCHAT U. HERFERT (1997) handelt es sich nicht einfach um eine „nachholende“ Suburbanisierung im Vergleich zu Westdeutschland, weil die Rahmenbedingungen in den neuen Ländern andere sind als sie es im Westen vor 20 Jahren waren. Der Wohnungsneubau in Ostdeutschland hat sich aufgrund der befristeten Abschreibungsmöglichkeiten, der Vereinfachungen im Planungsrecht und der Restitutionsansprüche, die sich vor allem auf Kernstädte beziehen, stark auf das Umland konzentriert (SAILER-FLIEGE 1998). Weit häufiger als in Westdeutschland überwiegen Geschosswohnungen unterschiedlicher Größe, die Westdeutschen gehören und vermietet werden, weniger um größere Eigenheime. Die demographische Selektivität der Zuziehenden ist relativ gering, weil unterschiedliche Alters- und Haushaltsgruppen an den Zuzügen ins Umland beteiligt sind, und es dominieren höhere Einkommensgruppen. Das Gegenbild zum wachsenden Umland bilden viele Kernstädte mit hohem Bevölkerungsverlust, wie Schwerin, Rostock, Chemnitz, Leipzig und Halle. Hier ist Stadtverfall ein gravierendes Problem, und die Bausubstanzerhaltung von Altbauten wie von Plattenbausiedlungen ist von hoher Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung.

In den alten Ländern geht die Suburbanisierung in den 90er Jahren weiter, ohne das Ausmaß ihrer Hochphase in den 60er und frühen 70er Jahren zu erreichen. In Karte 8 weisen aber auch ländliche Räume in Westdeutschland, die von den großen Verdichtungsräumen weiter entfernt sind, deutliche Binnenwanderungsgewinne auf, wie im westlichen Niedersachsen, im Rheinischen Schiefergebirge, im nördlichen Württemberg und in Teilregionen Bayerns. Diese Deurbanisierung hat sich nach KONTULY & VOGELANG (1988) seit etwa 1978 in der Bundesrepublik voll entfalten können, nachdem in anderen westlichen Industrieländern ähnliche Prozesse

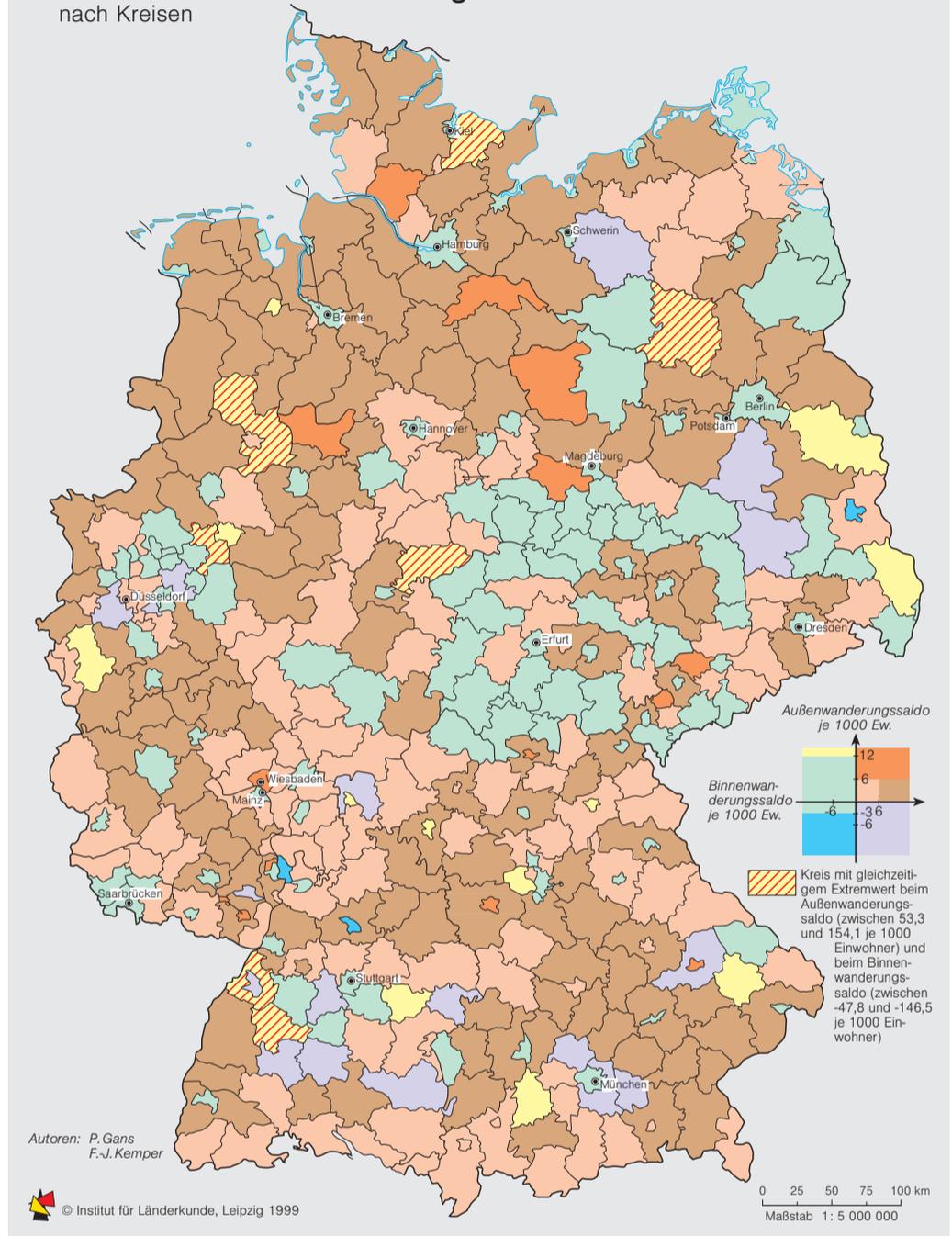
seit den späten 60er Jahren beobachtet wurden. Es handelt sich allerdings nicht um einen geradlinig fortschreitenden Prozess, sondern um einen Wandel zwischen Phasen der Verstärkung von Deurbanisierung und der Abschwächung bis hin zur Umkehr einer Re-Agglomeration (KEMPER 1997). Die Gründe lassen sich vor allem in zwei Ansätzen zusammenfassen, die zum einen veränderte regionale Arbeitsteilungen mit Deindustrialisierung in den Städten verbunden mit einem Arbeitsplatzwachstum im ländlichen Raum, zum anderen veränderte Lebensstile und Präferenzen für wenig verdichtete Regionen ansprechen. Zugunsten der ländlichen Räume sind auch die Verteilung von Aussiedlern und öffentliche Fördermaßnahmen zu erwähnen. In den neuen Ländern, in denen es vor der Wende keine Deurbanisierung gab, besteht weiterhin eine Bevölkerungsverlagerung von ländlichen in verdichtete Gebiete.

Wenn man Binnen- und Außenwanderungen zusammenführt 8, erkennt man, dass der Großteil der Kreise in Deutschland Gewinne verzeichnet. Ausnahmen sind auf der einen Seite eine Reihe von Kernstädten, deren Zuwachs durch Außenwanderung nicht die Fortzüge ins Umland und in andere Regionen kompensiert, auf der anderen Seite einige Landkreise in den neuen Ländern. Das Kartenbild vermittelt aber nicht mehr, wie zu Beginn der 90er Jahre, scharfe Kontraste zwischen Ost und West, sondern ein komplexes Mosaik, das sich aus unterschiedlichen Wanderungsprozessen zusammensetzt.

Zukünftige Bevölkerungsentwicklung

Aussagen zu zukünftigen Einwohnerzahlen sind mit großen Unwägbarkeiten verbunden. Diese Unsicherheit versucht das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zu minimieren, indem es Experten zu Prognoseannahmen Stellung beziehen ließ (BUCHER et al. 1994). Am ehesten bestand noch Einigkeit in der Erwartung einer Anpassung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung der neuen Länder an das Niveau Westdeutschlands sowie eines rückläufigen Umfangs der Ost-West-Migration. Der

8 Außen- und Binnenwanderungssalden 1995 nach Kreisen



neueste Trend bestätigt diese Annahmen. Dissens überlagert bei der Einschätzung der Außenwanderungen, die von sehr unterschiedlichen Faktoren, z.B. politischen Verwerfungen in den Herkunftsgebieten, aber auch der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, abhängig sind.

Aus regionaler Sicht wird sich die Dezentration mit ihren negativen Begleiterscheinungen für Umwelt und Siedlungsstruktur fortsetzen. Dabei bleibt zwischen wachsenden und sich entleerenden Räumen zu unterscheiden, die aufgrund der altersspezifischen Selektivität von Wanderungsbewegungen ganz unterschiedliche Maßnahmen zur Regionalentwicklung erfordern.◆